

Zum Koalitionsvertrag des neuen Senates „Berlin gemeinsam gestalten. Solidarisch. Nachhaltig. Weltoffen“ – Chancen und Herausforderungen für die Wirtschaft!

Die Themen Solidarität, Nachhaltigkeit und Weltoffenheit bestimmen nicht nur den Titel, sondern sind auch Leitlinien des Koalitionsvertrages des neuen Rot-Rot-Grünen Senats. Was folgt hieraus für die Wirtschaft? Wird der Wirtschaft noch – als der unser Gemeinwesen und alle, auch die Ziele der neuen Koalition, tragender und finanzierender Partner – eine angemessene Stellung und Rücksicht auf ihre Interessen eingeräumt? Und: Überwiegen hier die Chancen oder die Herausforderungen?

Zusammengefasst ist festzuhalten, dass im Koalitionsvertrag – dies trotz der tragenden Leitlinien – der Wirtschaft und deren positive weitere Entwicklung in entscheidenden Punkten, insbesondere mit Blick auf eine nachhaltige Zukunftsorientierung, eine gewichtige Bedeutung beigemessen wird. Besonders auch den KMU soll geholfen werden, auch zukünftig trotz Facharbeitermangel und Herausforderungen der digitalen Umwälzung durch „Industrie 4.0“ erfolgreich zu wirken.

- So sollen die berufliche Bildung und die Ausbildung von Fachkräften sowie die Gründerszene und der Digitalausbau gefördert werden; vorgesehen ist dabei u. a. die Unterstützung der digitalen Transformation der KMU's von zentraler Stelle.
- Die Koalition verpflichtet sich zudem zur Entwicklung von Gewerbeflächen und „Zukunftsorten“; die hierfür erforderlichen Flächen dürfen sich nicht verringern.
- Ferner bekennt sich der neue Senat auch zu einer aktiven Stärkung und Förderung der Industrie, vor allem mit einer Ausrichtung auf Nachhaltigkeit.
- Angekündigt sind auch Investitionen in den Wohnungsbau und die öffentliche Infrastruktur, wovon insbesondere Unternehmen aus dem Baubereich profitieren dürften.
- Angezielt wird ferner eine Modernisierung der Verwaltung durch Optimierung der Verfahrensvorgänge und deren Digitalisierung.
- Auf eine Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grunderwerbssteuer wird verzichtet, wodurch die bestehende Wirtschaft und auch Neuansiedlungen gefördert werden könnten.

Auch wenn nach den Leitlinien die Wirtschaft jedenfalls nicht im Mittelpunkt steht, so hat sich auch diese Koalition, wie u. a. mit den vorstehenden Punkten dargelegt, vom Grundsatz her damit zu einer starken Wirtschaft und insbesondere wiederum starken KMU bekannt. Dies gilt auch, obwohl im Koalitionsvertrag ein Fokus auf weitere eher wirtschaftsferne Themen gelegt wird, so das „Investieren in die Stadt von Morgen“, die „Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ und ein „bürgernahes und lebenswertes Berlin“, wobei diese von nachhaltiger Stadtentwicklung mit mieterfreundlicher Ausrichtung über die Regenbogenstadt und einem Landesdiskriminierungsgesetz bis hin zu einer geplanten Rekommunalisierung der Strom- und Gasnetze reichen. Dies schließt auch eine geplante nicht wirtschaftsförderliche Verkehrspolitik ein. Danach ist die Förderung des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs zu Lasten des Autoverkehrs vorgesehen sowie auch die bekannte Verbannung vom Autoverkehr von der Straße „Unter den Linden“ und die Einführung von Tempo-30-Abschnitten bis 2020 auf sogar Hauptverkehrsstraßen; noch einschneidender dürfte das Vorhaben sein, den Lastverkehr in der Innenstadt durch die „Bündelung von Transporten“, Beschränkung der Entladeflächen und die Einführung von „Lastenfahrrädern“ einzuschränken. Dieses und anderes werden zugleich erhebliche Herausforderungen an die Wirtschaft stellen. Die Wirtschaft wird sich diesen Herausforderungen jedoch stellen und zusammen mit dem Senat eine jedenfalls für die Wirtschaft akzeptable gemeinsame Lösung herbeiführen.



Insgesamt gilt zugleich, dass unbeschadet aller Herausforderungen die Chancen auf eine erfolgreiche Weiterentwicklung der Wirtschaft und insbesondere der KMU überwiegen, was sich besonders durch die einzelnen vorstehend aufgeführten wirtschaftsbezogenen Vorhaben des neuen Senats belegt. Zudem gilt auch für diesen Senat – wie auch für alle bisherigen Berliner Landesregierungen –, dass sich die Politik bei allen Idealen an den Gegebenheiten wird orientieren müssen – und dies sind unter anderem die Wirtschaft und ihre Befindlichkeiten, an denen auch die neue Berliner Regierung nicht vorbeiregieren kann. Damit dies nicht geschieht, ist es aber natürlich auch erforderlich, dass der Senat die Wünsche, Vorstellungen und Ideen der Wirtschaft möglichst genau kennt. In diesem Sinne stehen und werben der Unternehmerversband Berlin e.V. und seine Mitglieder und Freunde für einen steten und fruchtbaren Gedankenaustausch mit dem neuen Berliner Senat!

Sie sind herzlich eingeladen, uns dabei zu unterstützen – sprechen Sie uns an!

Berlin, 05. Januar 2017

RA Niklas Graf von Bernstorff, LL.M.
Geschäftsführendes Präsidiumsmitglied
Unternehmerversband Berlin e.V.